

Werner Burckhart

## 25 Jahre Enzkreis

Bei einem Jubiläum schweifen die Gedanken gerne zurück zu dem Anlass, der begangen wird. Man lässt die Zeit davor und danach Revue passieren und versucht, sich zu erinnern. Nicht immer gelingt das exakt, weil das Gedächtnis manches sehr genau festhält, anderes aber verloren gehen lässt. Für den Zeitzeugen, den aktiv an den Geschehnissen Mitwirkenden, ist das zugleich ein Gang durch sein eigenes Leben, zumindest sein Berufsleben, vor allem wenn Ereignisse an den Anfang der Laufbahn gefallen sind, und er sich an einem solchen Jahrestag vergegenwärtigen muss, dass nichts so schnell vergeht wie die Zeit, die hinter einem liegt.

*Am Anfang war die Kreisreform.* Eine bewegte – und die Gemüter bewegende – Zeit mit vielen Diskussionen und Debatten, Arbeitspapieren, Vorträgen, Sitzungen, Abstimmungen, Arbeitessen und Resolutionen, war doch die Kreisreform eingebettet und parallel geschaltet mit einer Gemeinde- und Funktionalreform. Der Gesetzgeber wollte die Kommunen stärken, Aufgaben von oben nach unten verlagern und dadurch die Staatsverwaltung straffen. Zahlreiche Gutachten und Pläne erfüllten die späten 60er- und anfänglichen 70er-Jahre: Denkmodelle wurden erarbeitet und Szenarien durchgespielt. Sozialökonomische Verflechtung hieß das Zauberwort für die Gemeinderreform – Abschaffung der Regierungspräsidien das für die Funktionalreform. Dazwischen standen die Landkreise, die der Zahl nach von 63 auf 35 reduziert werden sollten.

So gut wie keine Gemeinde blieb unberührt. Es wurde eingegliedert und fusioniert; wo das nicht mehr oder weniger freiwillig zustande kam oder – in der früheren Freiwilligkeitsphase – durch besondere Zuwendungen oder Einzelmaßnahmen eingekauft wurde, verfügte schließlich der Gesetzgeber (in Einzelfällen auch abgesehen vom Staatsgerichtshof). Gelang einmal einer Gemeinde der Erhalt der Selbstständigkeit, so geriet sie doch wenigstens in einen Gemeindeverwaltungsverband oder einen Nachbarschaftsverband. Die Regierungspräsidien wurden in die Zukunft hinein aufgelöst und später doch wieder erhalten: einer der ganz seltenen Fälle in der Politik, dass ein erkannter Fehler rechtzeitig wieder ausgebügelt wurde. Regionen wurden trotzdem gebildet, zwölf an der Zahl, auch nach den sogenannten sozio-ökonomischen Verflechtungen, nach Wirtschafts- und Verkehrsräumen gegliedert, mit der Aufgabe, die Landesplanung in Regionalplänen zu verfeinern.

Hart eingegriffen in jahrzehntelang gewachsene Strukturen wurde nicht zuletzt in der Kreisreform. Nur ein einziger Kreis blieb erhalten, wider alle Regeln sogar kleiner als zuvor: der Bäderkreis Calw. Alle anderen wurden zusammengeworfen oder auf neue Kreise aufgeteilt. Dabei wurde mehr auf die geographische Situation geachtet als auf historische Entwicklungen. So entstand auch der Enzkreis, zusammengesetzt aus Teilen von vier ehemaligen Landkreisen – Pforzheim, Vaihingen, Leonberg und Calw –, die in drei verschiedenen Regierungsbezirken – Nordbaden, Nord-Württemberg und Süd-Württemberg-Hohenzollern – und in zwei früheren Ländern – Baden und Württemberg – mit ihren jeweiligen Traditionen gelegen hatten.

Der Enzkreis war sozusagen ein echt baden-württembergisches Gebilde, in dem vor allem die ehemaligen Landesgrenzen überschritten wurden, dem man allerdings für eine auf gewachsenen Strukturen aufbauende Entwicklung wichtige Teile vorenthalten und das man im Inneren zugleich zugunsten der Stadt Pforzheim ausgehöhlt hatte. Man gab diesem Gebilde zwar den landschaftsbezogenen Namen *Enzkreis*, beließ aber das Obere Enztal mit dem Raum Wildbad beim Bäderkreis Calw, obwohl dieser Bereich wesentlich stärkere Verflechtungen nach dem ehemaligen Oberamt Neuenbürg und nach Pforzheim aufwies als nach Calw. Auch der Mittelbereich Bretten kam nicht zum Enzkreis, man entzog diesem sogar noch Oberderdingen, ehemals Oberamt Maulbronn und später Landkreis Vaihingen; hier war der Einfluss der Karlsruher Abgeordneten im Landtag stärker als der der Pforzheimer. Im Inneren wanderten wichtige Gemeinden im Stadtlumland ab zur Stadt Pforzheim – oder wurden zwangsweise abgewandert: Eutingen, Büchenbronn, Hohewart, Huchenfeld und Würm. Immerhin blieb die wirtschaftsstarke Gemeinde Birkenfeld, obwohl besonders eng mit Pforzheim verflochten, dank ihres in der damaligen großen Koalition recht einflussreichen Landtagsabgeordneten und Bürgermeisters Hermann Gross dem Kreis erhalten.

Bevor die Kreisreform am 1. Januar 1973 in Kraft trat, bedurfte es einiger Vorbereitungen. Irgendwelche Vorschriften dazu enthielt das Kreisreformgesetz nicht. (Es gab nur ein sogenanntes Vorschaltgesetz, das verbot, zu Lasten der Nachfolgekreise noch besonders ausgabenwirksame Verpflichtungen einzuziehen.) Als gute und loyale Verwaltungsfachleute trafen sich deshalb die Landräte Werner Lutz (Pforzheim), Günter Pfeiffer (Calw), Erich Fuchslocher (Vaihingen) und Wolfgang Ramsauer (Leonberg) bereits im April 1972 zu Kontaktgesprächen zwecks Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Durchführung der Kreisreform für den Enzkreis. Die daraufhin gebildete Gemeinsame Kommission, der auch zwölf Kreisräte der beteiligten Altkreise, leitende Mitarbeiter aus den Verwaltungen und die Personalratsvorsitzenden angehörten, konstituierte sich am 17. Mai 1972 und beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit

- der Aufstellung eines Zeitplans für die Überleitungsphase;
- der Vorberatung der Hauptsatzung, der Bekanntmachungssatzung, der Satzung für das Jugendamt und der Satzung für die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen;
- der Vorbereitung der personellen Ausstattung des Enzkreises, der räumlichen Unterbringung der Verwaltung und der Beschaffung zusätzlich notwendiger Einrichtungen gegenstände sowie der Vermögensauseinandersetzung;
- der Wahl des Amtsverwesers;
- der Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des vorläufigen Kreistags.

So konnte dieser vorläufige Kreistag, der sich kraft Gesetzes aus den im zukünftigen Kreisgebiet wohnhaften Kreisräten der Vorläuferkreise zusammensetzte, bereits in seiner ersten Sitzung am 20. September 1972 alle wesentlichen Beschlüsse fassen und den Amtsverweser – den vorherigen Ersten Landesbeamten des Landkreises Vaihingen, Dr. Heinz Reichert – wählen. Damit war die Funktionsfähigkeit der Organe des neuen Landkreises hergestellt.

Für den Rest des Jahres 1972 amtierten nun zwei Verwaltungsspitzen im Landratsamt nebeneinander. Der seitherige Landrat Werner Lutz hielt die Verwaltung des ja noch bestehenden Landkreises Pforzheim aufrecht und wickelte gleichzeitig diesen Landkreis ab, und im Zimmer nebenan bereitete der Amtsverweser Dr. Heinz Reichert den neuen Landkreis vor: Haushaltsplanung und organisatorische Probleme bezüglich Personal und vor allem Unterbringung standen dabei im Vordergrund. Sollten doch zum 1. Januar 1973 aus vorher rund 75.000 Einwohnern im alten Landkreis 165.000 im neuen werden – in zunächst noch 57 Gemeinden. Im Landratsamt wurde das seither an das Staatliche Schulamt und das Landwirtschaftsamt Pforzheim vermietete Obergeschoss gekündigt, in Mühlacker der Neubau eines Fertigteilverwaltungsgebäudes für eine große Außenstelle (und die Polizei) in die Wege geleitet; weitere Räumlichkeiten in Pforzheim wurden angemietet, bis schließlich zu guter Letzt die Verwaltung auf sieben verschiedene Stellen verteilt war.

Im Inneren wurde um- und neu organisiert. Dabei blieb es aufgrund der unterschiedlichen Verwaltungstraditionen nicht aus, dass es neben durchmischten Ämtern auch mehr badisch oder mehr württembergisch dominierte Abteilungen gab. Das wirkte sich bis in die Verwaltungssprache und vor allem auf die Aktenführung aus. Badische Akten waren

Burckhart 1 einhängen

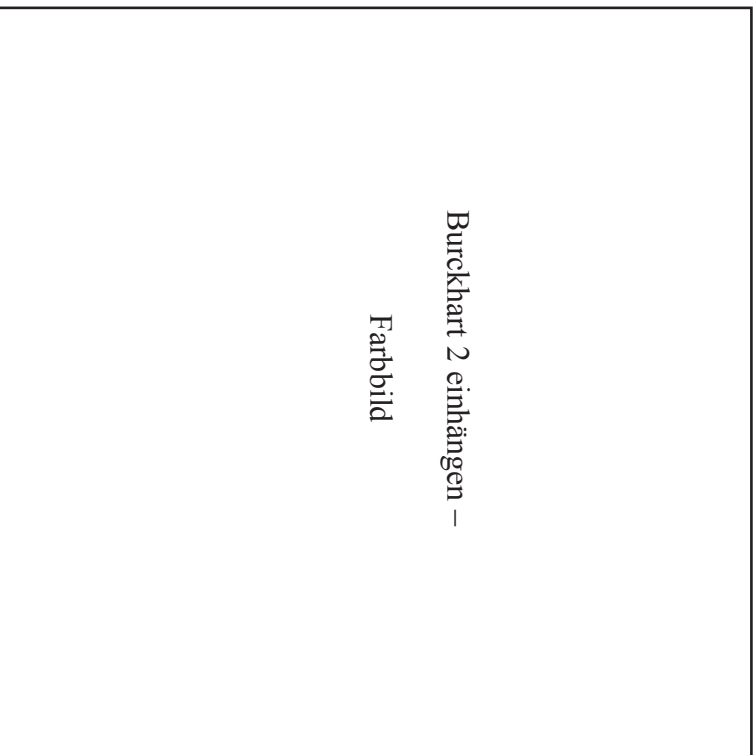
Die Landräte (von rechts) Erich Fuchslocher (Vaihingen), Werner Lutz (Pforzheim) und Günter Pfeiffer (Calw) gratulieren dem zum Amtsverweser des Enzkreises gewählten Dr. Heinz Reichert

von alters her paginiert, also mit Aktenseiten-Zahlen versehen, von vorne nach hinten sortiert und mit einer kleinen, handfertig knüpfbaren Aktenschnur durch zwei mit einem badischen Locher links oben im Abstand von etwa vier Zentimetern untereinander in die Blätter gestanzte Löcher miteinander verbunden, so dass man sie wie ein Buch aufschlagen und lesen konnte. Württembergische Akten waren quadrangliert, das heißt, die Schriftstücknummer stand oben in der Mitte in einer Quadrangel (L), in Loseblattform sortiert und von hinten nach vorne geordnet, das heißt, das Neueste lag also oben auf, und mit einer kunstvoll durch eine Schlaufe zu ziehenden Schnur wie ein Päckchen zusammen gebunden. (In gemischten Abteilungen – zum Beispiel im Baurechtsamt – saßen zunächst einmal ganze Heerscharen von Auszubildenden und Mitarbeitern, um die laufenden Akten auf ein einheitliches System überzuführen; welches gewählt wurde, entschied sich meistens an der verwaltungsmäßigen Herkunft des Amtseleiters.) Inzwischen gibt es nur noch vereinzelte Relikte dieser alten Traditionen; im Wesentlichen hat sich die sogenannte Industrielochung und die Aufbewahrung in Hänge- oder Standordnern verbreitet, sofern sich nicht schon die elektronische Speicherung etabliert hat.

Parallel zu diesen kleinen Alltäglichkeiten lief immer noch die Gemeinde reform, die erst im Herbst 1975 abgeschlossen war. Von den ursprünglich einmal 76 (einschließlich Oberdingen und Ittersbach sogar 78) und zum Zeitpunkt der Kreisreform noch 57 Gemeinden waren nur noch 28 übrig geblieben. Durch die Eingemeindung nach Pforzheim sank die Einwohnerzahl von 166.808 auf 152.499 zum Stichtag 1. Januar 1973.

Burckhart 2 einhängen –

Farbbild



Das Landratsamt am Blumenhof. Im Hintergrund der Turm des ehemaligen Bezirksamtes Pforzheim

Eingebettet in diese äußeren Umstände gingen Verwaltung und Kreistag – ein neuer Kreistag war am 8. April 1973 und als endgültiger Landrat war der vorherige Amtsvorwester am 19. Juli 1973 gewählt worden – an die Arbeit. Diese stand vor allem unter der Maxime der Integration der verschiedenen Kreisteile und folgte dem Ziel einer größtmöglichen Aufgabenerfüllung. Und an Aufgaben mangelte es angesichts der weit gespannten kommunalen Zuständigkeiten eines Landkreises auf der einen Seite und seiner staatlichen Kompetenzen auf der anderen Seite nicht.

Da war zum einen das Schulwesen. Der alte Landkreis Pforzheim hatte – genötigt von der geschwundenen Aufnahmebereitschaft der Stadt Pforzheim – das Konzept zweier sogenannten ländlicher Bildungszentren mit Gymnasium und Realschule in den neuen Kreis eingebracht. Davon war das *ländliche Bildungszentrum West* in Königsbach bereits im Bau. Außerdem gab es die Projekte einer Schule für Lernbehinderte – die spätere Pestalozzische – in Pforzheim, ebenfalls im Bau, und einer Sonderschule für Geistigbehinderte in der ehemaligen Landwirtschafts- beziehungsweise Hauswirtschaftsschule in der Pforzheimer Nordstadt. Vom Kreis Vaihingen war eine gewerbliche und kaufmännische Berufsschule in Mühlacker an den Enzkreis gekommen.

Am Bildungszentrum Königsbach wurden 1973 der erste, 1975 der zweite, 1978 der dritte (einschließlich Sporthalle) und 1980 der vierte Bauabschnitt (Sonderschule für Lernbehinderte) in Betrieb genommen. Zeitweilig wurden hier bis zu 2.000 Schüler unterrichtet; 1996 ging dieses Bildungszentrum (ausgenommen die Förderschule) in die Trägerschaft eines Zweckverbandes der Einzugsbereichsgemeinden über. Allerdings errichtete der Kreis noch einen neuen Fachklassentrakt.

Der Ausbau der Sonderschulen verlief ähnlich intensiv. Für Lernbehinderte wurde 1973 die Pestalozzische in Pforzheim und 1980 die heutige Comeniuschule in Königsbach in Betrieb genommen. Zu der Sonderschule für Geistigbehinderte in Pforzheim kam 1974 eine Sonderschule für Bildungsschwache in einem Provisorium in Öschelbronn und 1981 die Sonderschule (Werkstufe) *Am Winterrain* in Ispringen, so dass nach der Renovierung der *Gustav-Heinemann-Schule* in der Pforzheimer Nordstadt das Provisorium in Öschelbronn wieder aufgegeben werden konnte. Der Kreis beteiligte sich außerdem



Registraturschrank mit badisch geheteten Akten

an weiteren Sonderschulen in der Trägerschaft Dritter, etwa für Körperbehinderte in Langensteinbach und beim Caritas-Verband in Pforzheim, für Sprachbehinderte in Pforzheim, für Hörgeschädigte in Karlsruhe.

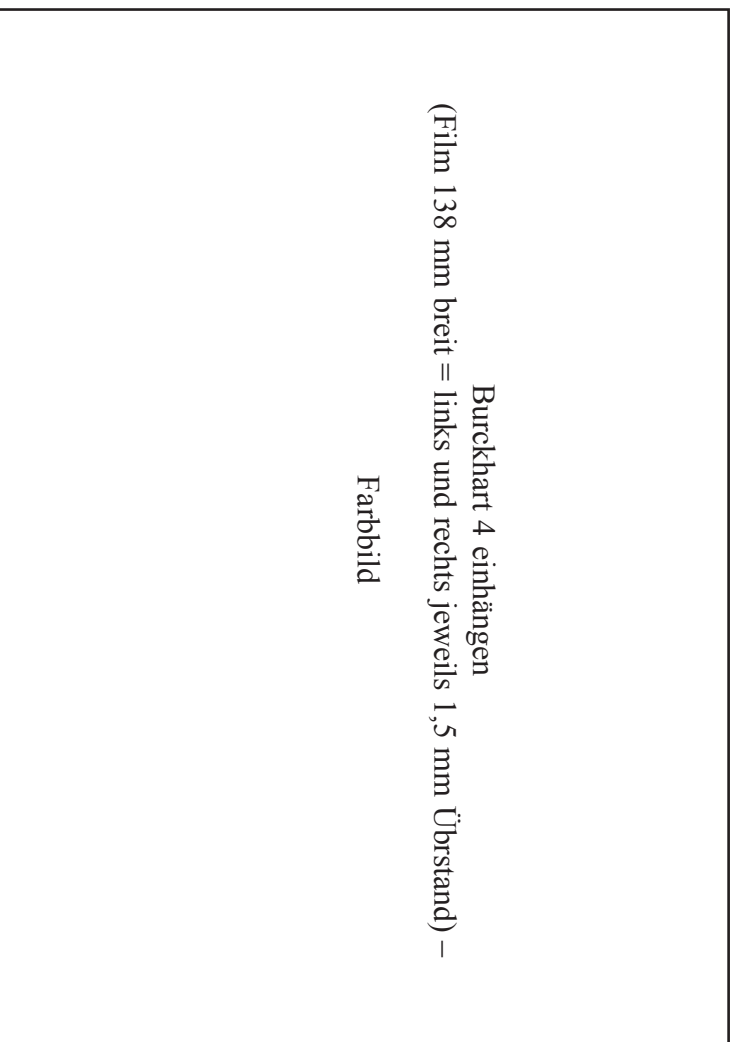
Im Berufsschulzentrum Mühlacker wurden 1973 die Werkstätten ausgebaut, 1979 eine neue kaufmännische Berufsschule und 1984 eine Turnhalle mit Hausmeisterwohnungen errichtet. Außerdem wurden sowohl im gewerblichen wie im kaufmännischen Bereich eine ganze Reihe von ein- und zweijährigen Aufbau- und Fachschulen, Kolleg und Fachkursen eingerichtet.

Der Krankenhaussektor war ein Stück weit gekennzeichnet durch die allgemeine gesundheitspolitische Entwicklung. 1974 wurde das noch vom Landkreis Vaihingen begonnene neue Krankenhaus Mühlacker als Krankenhaus der Regelversorgung mit 320 Betten in Betrieb genommen. Das dabei aufgegebene ehemalige Kreiskrankenhaus Maulbronn wurde zur kostenfreien Nutzung dem Spastiker-Zentrum Maulbronn e.V. überlassen, der darin ein Kinderzentrum für mehrfach behinderte Kinder, eine kinderneurologische Fachklinik, einrichtete und 1979 in Betrieb nahm. Das vom Kreis Calw übernommene Kreiskrankenhaus Neuenbürg wurde ab 1982 in einem 10-Jahres-Programm von Grund auf erneuert und saniert. Die Krankenhausbedarfspläne haben nun die beiden Häuser von ursprünglich 320 Betten in Mühlacker auf 230 und von ursprünglich 180 in Neuenbürg

Pestalozzischule in Pforzheim

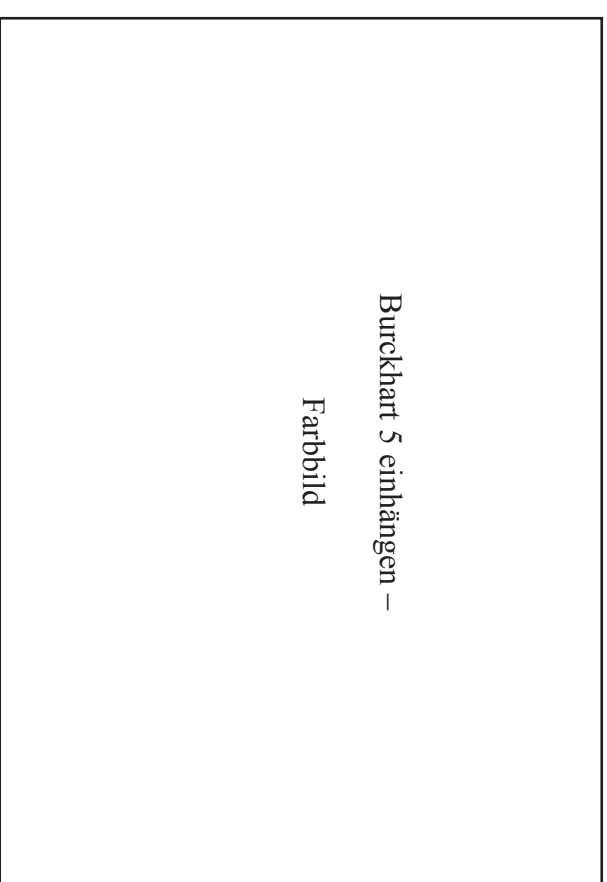
Burckhart 4 einhängen  
(Film 138 mm breit = links und rechts jeweils 1,5 mm Überstand) –

Farbbild



Burckhart 5 einhängen –

Farbbild



Kreiskrankenhaus Neuenbürg

auf 140 schrumpfen lassen. Abgerundet wird die Krankenhauslandschaft des Kreises durch den 1998 bezogenen Neubau einer geriatrischen Rehabilitationsklinik beim Krankenhaus Mühlacker mit 65 Betten für den Raum Enzkreis/Pforzheim. Trotz ständiger Auseinandersetzung mit den Krankenkassen und diesbezüglichen Vorgaben der Gesundheitsreformgesetze gelang es, die Krankenhäuser aus tiefen Verlustzonen herauszuführen, nachdem ihre Konstruktion als Eigenbetrieb Enzkreis-Kliniken bessere Möglichkeiten der Kostentransparenz geschaffen hatte.

Im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der erst im Laufe der Jahre und schließlich durch das ÖPNV-Gesetz zur Aufgabe der Landkreise wurde (mit Ausnahme des Schienenpersonennahverkehrs), gelangen über die Zusammen mit der Stadt Pforzheim gebildete Nahverkehrskommission ab 1979 wesentliche Verbesserungen. In zäher vertrauensbildender Kleinarbeit wurden die rund zwölf privaten Busunternehmen zusammengeführt, die im Kreis mit ihren Linienkonzessionen einen auf den großen Verkehrsknotenpunkt Pforzheim und den kleineren in Mühlacker ausgerichteten und im Wesentlichen rein bedarfsorientierten Busverkehr für Berufs- und Ausbildungspendler und dazu den Schülerverkehr betrieben. Über die Vereinheitlichung von Tarifen und Beförderungsbedingungen und den allmählichen Abbau von sogenannten Unterwegsbedienungsverboten bei parallel verlaufenden Linien, die Verbesserung der Haltestellen und Spätbusexpérimente kam es 1986 zur Gründung der VGWE, der Verkehrsgemeinschaft Westlicher Enzkreis mit den Stadtbus-Linien A und B sowie einigen privaten Busunternehmen, und 1988 zur VPE, der Verkehrsgemeinschaft Pforzheim/Enzkreis, die sich Sektor für Sektor auf den ganzen Kreis ausdehnte und 1997 zum Vollverbund wurde. Vollverbund auch mit

dem Schienenpersonenahverkehr, der ab 1989 mit der Gründung einer Arbeitsgruppe Stadtbahn und 1990 mit einem Vertrag der Gemeinde Remchingen mit der Albtalverkehrs-gesellschaft Karlsruhe eine erste Renaissance erlebte. 1992 kam es dann unter finanziel-ler Mitbeteiligung des Enzkreises und der Stadt Pforzheim zu einem entsprechenden Vertrag über eine Stadtbahnverbindung Karlsruhe – Pforzheim, die dann 1999 auch auf die Weiterführung nach Bietigheim zum Anschluss an die Stuttgarter S-Bahn und die Querverbindung Bretten – Mühlacker erweitert werden konnte.

Die Abfallbeseitigung wurde durch Gesetz 1973 auf die Landkreise übertragen. Glück-licherweise konnte der Kreis vom seinerzeit bestehenden Zweckverband eine Deponie am Hamberg bei Maulbronn-Zaisersweiher (und einige Ablagerungskontingente im Kreis Ludwigsburg) übernehmen und in den Folgejahren ausbauen. Eine weitere Deponie im westlichen Enzkreis, für die schon ein Planfeststellungsbeschluss im Rannatal bei Dietlingen vorlag, brauchte er schließlich nicht zu bauen, weil die Stadt Pforzheim in ihrer Gegen-wehr gegen diese Deponie in „ihrem“ Naherholungsgebiet dem Kreis in einem Vertrag 1977 anbot, ihre Hohberg-Deponie beim Katharientaler Hof mitbenutzen zu können –

Mülldeponie Zaisersweiher

Burckhart 6 einhängen  
(Film 138 mm breit = links und rechts jeweils 1,5 mm Übrstand) –

Farbbild

gegen die Gestellung des Standortes für eine Nachfolge-Deponie im Enzkreis. Was dann folgte, war eine Geschichte der Irrungen und Wirrungen und einer sich ständig selbst überholenden Entwicklung der Abfallbeseitigung. Der Enzkreis fing 1984 an, nach einer Folge-Deponie zu suchen, im ganzen Kreis, in mehreren kostspieligen kompletten Such-durchgängen, und fand schließlich 1994 einen raumordnerisch abgesicherten Standort am Hochberg im Wald auf Gemarkung Mühlacker. Inzwischen hatte die Stadt Pforzheim den Vertrag von 1977 gekündigt und den Enzkreis von der Hohberg-Deponie verwie-sen, ihn aber andererseits genötigt, sich an der PAN, einer regionalen Planungsgesellschaft für die Abfallbeseitigung Nordschwarzwald, zu beteiligen. In einem aufwendigen soge-nannten Mediationsverfahren unter Beteiligung von zufällig ausgewählten Bürgern und unter Moderation der Akademie für Technikfolgenabschätzung entwickelte die PAN Mengenprognosen, stritt über Beseitigungsmethoden und suchte nach Standorten. Als diese am Widerstand der Belegenheitsgemeinden, insbesondere der Stadt Pforzheim, scheiterten, wurde die PAN 1998 wieder liquidiert. Die Errichtung einer (thermischen) Beseitigungsanlage und auch einer Deponie erwiesen sich als nicht mehr erforderlich. Die Einführung des Dualen Systems Deutschland (DSD) für den Verpackungsmüll sowie ein neues Abfall-Kreislaufwirtschaftsgesetz mit der Unterscheidung in Abfall zur Beseitigung und Abfall zur Verwertung (und nicht zuletzt die Wiedervereinigung mit den im Osten vorhandenen großen und preiswerten Deponiekapazitäten) ließen Abfallmengen weg-brechen und bescherten anderwärts genügend Entsorgungsmöglichkeiten, so dass neue eigene Einrichtungen entbehrlich und selbst bereits erstellte Deponieerweiterungen nicht benötigt wurden.

Dass der Enzkreis auch auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung Vorbildliches geleistet hat, wird zum Beispiel an der sehr frühen Einführung der Wertstoffverfassung mit einer Grünen Tonne (1983–1985) deutlich, der Deponiegasverstromung (1987), der Mehrkam-mertonne (1988), der Einrichtung von elf Recyclinghöfen und der Einführung der Trenn-pflicht für wieder verwertbare Reststoffe (1991) sowie der Abrechnung der Müllgebühren nach einem benutzungsabhängigen Tarif mit Zahl der Leerungen durch Chips an der Müll-tonne im sogenannten IMES-System, dem individuellen Müll-Erfassungssystem (1993).

Auch auf anderen Gebieten hat sich der Enzkreis in seinen ersten 25 Jahren hervor-gehoben, zum Beispiel im Naturschutz: 1978 wurde ein Naturschutzbeirat gegründet; drei ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte und zahlreiche anerkannte Naturschutzwarte unterstützten die Arbeit der Naturschutzbehörde. Die Zersiedelung der Landschaft mit Hütten und Zäunen wurde durch die Einrichtung einer eigenen Bearbeitungsgruppe ein-schließlich speziellen Außenbereichskontrolluren nachhaltig bekämpft; die Gemeinden wurden veranlasst, gegebenenfalls Gartenhaus-Gebiete förmlich auszuweisen. 1983 folgte die Einberufung einer Feuchtgebietskommission, 1984 erschien der erste Umweltschutzbe-richt. Durch Appelle zu maßvollerer Geschwindigkeit und die finanzielle Unterstützung von Tankstellen bei der Einführung von bleifreiem Benzin versuchte der Kreis, dem Wald-sterben entgegenzuwirken. Bachpatenschaften wurden initiiert, zusammen mit der Spar-kasse ein Naturschutzpreis ausgelobt. 1987 wurde ein Ausgleichsprogramm für Landwirte bei Bewirtschaftungsschwernissen durch Obstbäume aufgelegt (1997 aus Geldmangel aber wieder eingestellt) und die erste Biotopvernetzungsplanung in Auftrag gegeben.



Kreisverkehr an der Kreuzung der Kreisstraßen K 4525 und K 4528 bei Kieselbronn

1988 wurden 27, 1991 weitere 16 Wiesenspeierlings-Bäume unter Naturschutz ge- und 1992 eine Ökologin zur Beratung der Gemeinden eingestellt. Sogar den Naturschutzpreis des Landes konnte der Enzkreis 1991 in Empfang nehmen, nicht zuletzt auch für seine jahrzehntelangen Bemühungen um den Krötenschutz durch bauliche Maßnahmen an Kreisstraßen, vor allem aber auch durch die Unterstützung privater Aktivitäten zur Laichzeit.

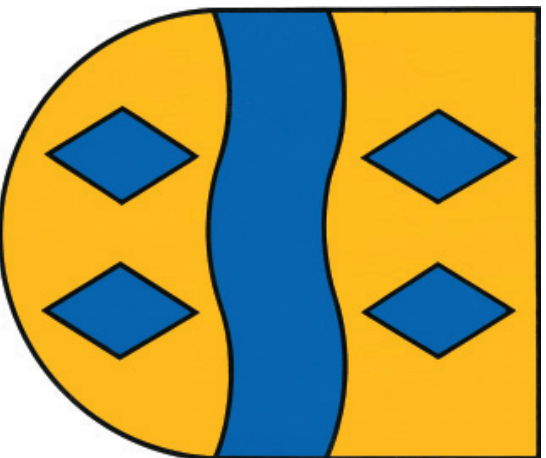
Im Straßenbau hat der Enzkreis sein Kreisstraßennetz von immerhin 218 Kilometern Länge systematisch ausgebaut und erneuert. Die Beachtung ökologischer Gesichtspunkte ging dabei einher mit intensiven Verkehrssicherheitsüberlegungen. Als einer der ersten Kreise betrieb er dabei die Einführung von Kreisverkehren – auch an übergeordneten Straßen – und ist inzwischen wohl der kreisreichste Kreis des Landes. Verkehrssicherheitsmaßnahmen, geschwindigkeitsdämpfende Ausbauten, vor allem an Ortschaften, aber auch „Entschilderungen“ (zum Beispiel wurden allein 1991/92 rund 1.350 Verkehrszeichen ersatzlos entfernt) haben dazu beigetragen, dass die Zahl der Opfer von Verkehrsunfällen mit Todesfolge – trotz des Anstiegs der Zulassungszahlen auf mehr als das Doppelte – von über 50 in den Anfangsjahren auf etwa ein Viertel davon zurückgegangen ist.

Der bei weitem teuerste, aufwendigste, zugleich aber auch der gestalterischen Phantasie und innovatorischen Gedanken zugänglichste Bereich sind die sozialen und die jugendpflegerischen Maßnahmen. Sie haben in all den Jahren ganz gewaltig zugenommen, sind sozusagen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen gefolgt. Was in den Anfangsjahren insgesamt an Sozial- und Jugendhilfe aufgebracht wurde, reicht heute noch nicht einmal für die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband. Natürlich ist auch die Sozialgesetzgebung (und die diesbezügliche Rechtsprechung) bei der Ausgestaltung des sozialen Netzes nicht untätig gewesen, und es sind auch neue Schichten von Empfängern sozialer Leistungen hinzugekommen, zum Beispiel Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Asylbewerber, Flüchtlinge und Geduldete. Insgesamt hat der Kreis versucht, durch die Einschaltung der Träger der Freien Wohlfahrtspflege und Privater ins-

besondere die Einrichtungen der stationären Unterbringung bereitzustellen und auf eigene Einrichtungen zu verzichten. Dazu kam der Ausbau der ambulanten Dienste und die Gewinnung von Pflegestellen und Pflegefamilien. Schon 1977 wurden Richtlinien zur Förderung von Sozialstationen und Landeshilfemaufenthalten erlassen, 1978 ein erster Kreisaltenplan beschlossen. Ein Förderprogramm für den Bau von Altenwohnungen schloss sich 1981 an. 1982 wurde mit der Erprobung eines Hausnotrufsystems begonnen, 1984 mit der Schuldnerberatung, 1985 ein Kreisseniorerнат gegründet. Die Förderung von Altenwohnungen wurde 1986 und 1991 ausgebaut und auf die Bezuschussung von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen sowie ambulanten Hilfen ausgedehnt. Der Kreisaltenplan von 1978 wurde 1990 als *Altenhilfe 2000* fortgeschrieben, um insbesondere auch das Netz der Altenpflegeheime zu vervollständigen. 1991 kamen die LAV-Stationen, die Informations-, Auskunfts- und Vermittlungsstellen dazu, die es alten Menschen und pflegenden Angehörigen ermöglichen sollen, die jeweils für sie richtige Lösung zu finden. Auch eine diesbezügliche Wohnraumberatung wird angeboten. Geleitet wird die Arbeit organisatorisch vor allem von der Altenhilfefachberatung, die auch den Kontakt zu zahlreichen Stellen draußen hält.

Eine vielfältige Landschaft von Institutionen und ehrenamtlich Tätigen wird unterstützt, vom Mädchentreff *Lilith* über die AIDS-Hilfe bis hin zu Frauenhäusern, Pro Familia und dergleichen mehr. Mit der *Hilfe zur Arbeit* für Sozialhilfeempfänger wurde bereits 1984 begonnen und diese Zielsetzung durch die hängige Beteiligung an der GSI-GmbH, der Gesellschaft für Soziale Integration von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, 1996 mit Hilfe des Arbeitsamtes noch vertieft. Mit der Beteiligung am Modellprojekt *Mutter und Kind* 1978 und einem *Programm zur Hilfe in Schwangerschaftskonflikten* 1987 wurde der Kreis auch in diesen Problemfällen aktiv. Das seit 1994 in verschiedenen Gemeinden laufende Projekt *Orte für Familien*, bei dem unter Beteiligung von engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern die Familienfreundlichkeit in den Gemeinden verbessert werden soll, rundet das Bild ab. So hat es der Kreis geschafft, die geringste Sozialhilfebelastung pro Kopf der Bevölkerung und die geringste Dichte an Heimfällen in der Altenhilfe unter allen 35 Landkreisen zu erreichen.

In der Jugendpflege war die Entwicklung ähnlich. Auch hier galt es, durch vielfältige Angebote von der Adoption bis zum Pflegeplatz, durch Einzelmaßnahmen der Erziehungshilfe, die Gewinnung von Pflegeeltern und vieles andere mehr eine Vielfalt der Gestaltungsmöglichkeiten zu erreichen, Vorbeugung zu betreiben und häufig mit der Sozialhilfe im sozialen Dienst zusammenzuwirken. Dem diente die Einrichtung von Jugend- und Erziehungsbereitstellungsstellen (ab 1975) ebenso wie die organisatorische Installation eines Jugendpflegers (1998) oder der Erwerb einer Jugendfreizeitstätte in Beuren (1982) und die Durchführung von inzwischen schon zwölf internationalen Jugendcamps (seit 1987) zusammen mit dem Jugendring Enzkreis und mit der Unterstützung der Partnerkreise des Enzkreises in Italien und Polen; auch die Einrichtung einer Koordinationsstelle für Suchtrophylaxe zusammen mit der Stadt Pforzheim (1992) ist hier zu nennen. An dem Projekt *Orte für Familien* ist das Jugendamt ebenfalls maßgeblich beteiligt. Außerdem sorgt es nachhaltig für die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen von Kindern und Jugendlichen.



Bei einem solchen Rückblick auf 25 Jahre Kreisverwaltung steigen aus der Erinnerung auch zahlreiche Einzelvorgänge auf, wie etwa die Suche nach einem Wappen, die 1976 im Rahmen eines kleinen offenen, aber anonymen Wettbewerbs erfolgte und bei dem der seinerzeitige Kreisplaner Gerhard Magiera die beste Idee hatte mit dem Wellenbalken der Enz in der Mitte, oben und unten begleitet von je zwei Rauten, die zum einen die vier Hauptlandschaften des Kreises – Schwarzwald, Kraichgau, Stromberg und Heckengäu –, zum anderen aber auch die vier Altkreise symbolisieren konnten, die zum Enzkreis beigetragen haben – Pforzheim, Vaihingen, Leonberg und Calw. Oder die Volkszählung 1987 mit all ihren Irritationen vorher, die insbesondere die noch ganz junge Partei der GRÜNEN beschäftigte; überhaupt deren Auftreten in ihren ersten Wahlperioden (und die seither eingetretenen Wandlungen). Die Einrichtung einer Leitstelle für die Gleichberechtigung der Frauen, kurz Frauenbeauftragte, und die damit verbundenen Diskussionen. Die Ankunft von über 400 Übersiedlern aus der DDR unmittelbar nach der Maueröffnung 1989, die innerhalb von 48 Stunden unterzubringen und zu versorgen waren. Die Wiedervereinigung selbst mit ihren ersten Kontakten 1989 und vor allem 1990 zum späteren Patenkreis Schmölln in Thüringen, als zunächst verunsicherte Alt-Kader in Begleitung von Aufpassern aus den *runden Tischen* Anfang des Jahres auf Erkundungsreise kamen, im Verlauf des Jahres dann auch die präsumptiven späteren Spitzen; und die Seminare, die viele Mitarbeiter des Enzkreises in Schmölln zur Einführung neuer Verwaltungsformen abhielten. Schließlich der 3. Oktober 1990, der Tag der Wiedervereinigung, als zu der kleinen Feier im Landratsamt auch die Bürgermeisterin von Nöbdenitz, früher SED und jetzt PDS, kam und eine kurze Ansprache zu diesem Thema hielt. Der gleichzeitige Ansturm zahlreicher Spätaussiedler, der den Kreis dazu veranlasste, drei Übergangswohnheime zu erwerben und zu betreiben. Die Zuweisung großer Ströme von Asylbewerbern, die auf die Gemeinden zu verteilen waren. Die Aufnahme von polnischen Ferienkindern aus der luftverschmutzten Bergbaugegend von Myslowice in Oberschlesien ab 1986, die dann zunächst (1990) zur Paten- und später (1996) zur Partnerschaft mit dieser Stadtlandschaft in der Nähe von Auschwitz und dem Kennenlernen ganz anderer Problemgegenden führte. Oder das Partnerschaftsinteresse der oberitalienischen Provinz Reggio Emilia (1989), das fast etwas neidische Interesse der italienischen Bürgermeister an der bei uns gewohnten kommunalen Selbstverwaltung, und die seit dem förmlichen Vertrag 1993 daraus gewachsene lebendige Freundschaft mit ihren zahlreichen Begegnungen.

Es tauchen auch kulturelle Ereignisse aus der Erinnerung auf, etwa die Schaffung einer gemeinsamen Kreisbildstelle zusammen mit der Stadt Pforzheim, die Neueinrichtung

des Faust-Museums in Knittlingen und die Auflage eines *Programms Kunst im Straßenbild* 1980; die langjährigen, erfolgreichen Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft *Frischglück-Stollen* in Neuenbürg, die Einrichtung der *Freien Realschule* Diefenbach 1984, der Beginn dieser Jahrbuchreihe 1986, die baden-württembergischen Literaturtage 1987 in Knittlingen und die Gründung der Jugendmusikschule Westlicher Enzkreis; die Gründung des Klosterbeirats Maulbronn 1989 und die Aufnahme dieses Klosters in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes 1994, die Anlegung des Eppinger-Linien-Weges samt Errichtung der Nachbildung einer Chartaque bei der Schanze in Niefern Mitte bis Ende der 80er-Jahre, die Einrichtung eines Kreisarchivs 1990 (und seine seitherigen Veröffentlichungen), die Präsentation des Kreises und seiner Gemeinden auf der Landesgartenschau Pforzheim 1992, das Projekt *Spurensuche* (Spuren der jüdischen Vergangenheit) am Bildungszentrum Königsbach in den 90er-Jahren, die Kunstanschaffungen des Kreises und seine Medaillenreihe, die Ausstellungen *Ortszeit* und nicht zuletzt die zahlreichen vom Kreis mitunterstützten Veranstaltungen im musikalischen Bereich von den Klosterkonzerten Maulbronn bis zur Musikgalerie Voss in Mülhausen/Würtm.

Man denkt auch an manche Baumaßnahmen, eigene und solche Dritter. Vor allem etwa an den Neubau der Bundesbahnstrecke von 1985 bis 1991 und die vorausgehenden jahrelangen Kämpfe um die richtige Trassenfindung für die Gleise wie auch für die Bahnstromleitung. Und natürlich – sozusagen als Höhepunkt – den Landratsamt-Neubau vom Architektenwettbewerb 1986 und seiner Vorbereitung über den Baubeschluss 1989 bis zum Bezug 1993.

Freudensteintunnel an der Neubaustrecke Mannheim-Stuttgart der Bundesbahn

Burckhart 8 einhängen –

Farbbild





Das neue Landratsamtsgebäude an der Zähringerallee

Nimmt man alles zusammen, so hat der Enzkreis in den ersten 25 Jahren seines Bestehens das durch die Kreisreform gesteckte Ziel erreicht. Die Integration der Kreisteile ist gelungen. Außer gelegentlichen Frotzeleien zwischen Badenern und Würtembergern (die doch allesamt letztlich Franken sind, soweit sie infolge der Nachkriegsentwicklung nicht ohnehin woanders herkommen) gibt es keine Vorbehalte oder Eifersüchteleien über die alten Länder-, Regierungsbezirks- und Kreisgrenzen hinweg. Der kurze, prägnante, landschaftsbezogene Name hat da wohl auch ein bisschen dazu beigetragen.

Der Stand der Aufgabenerfüllung ist hoch. Man könnte fast meinen, es gebe insofern – also im Bereich Soziales, Jugend, Krankenhäuser, Schulen, ÖPNV, Abfallbeseitigung, Kreisstraßen etc. – nichts mehr zu tun. Doch so wie auch dieser Rückblick die vielfältigen Tätigkeitsfelder eines Landkreises nur beispielhaft streifen konnte, ist es überhaupt das Kennzeichen der Kommunalpolitik, dass sie täglich neue Aufgaben stellt: Wirtschaft, Gesellschaft und die große Politik sorgen dafür. Man denke nur an die Globalisierungsprozesse und die Wanderungsbewegungen auf dieser Welt, den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, der auch in die einzelnen Bevölkerungsgruppen, für die die Kommunalpolitik zuständig ist, hineinwirkt und beispielsweise die Arbeitswelt oder die Situation von Familien verändert.

Ist schon die Erhaltung des Geschaffenen und seine Ausrichtung auf sich wandelnde Zwecke und Nutzungen eine Herausforderung, so gilt dies noch mehr für die Einbin-

dung der Menschen in die täglichen Abläufe ihrer Gemeinwesen. Und auch das Innenleben der Verwaltungen bedarf der ständigen Reformbereitschaft und der Offenheit für neue, innovative Entwicklungen. Der Enzkreis wird sich hier seiner Verantwortung als größte und stärkste Einheit in der Region Nordschwarzwald zu stellen haben. Es bedarf dabei auch der interkommunalen Zusammenarbeit mit der Region, den regionalen und örtlichen Institutionen, den Gemeinden und der kreisfreien Kreisstadt in der Mitte. Mögen auch manche Pforzheimer noch nicht registriert haben, dass der Enzkreis anderthalbmal so groß ist wie die Stadt, und noch alten Zeiten nachhängen, in denen die Stadt einwohnerstärker war als der ganze Kreis drum herum und diesen dominierte, an der Wahrnehmung der Realitäten führt kein Weg vorbei. Andererseits darf der Enzkreis durchaus konstatieren, dass der Stadtkreis Pforzheim viele Aufgaben erfüllt, die anderwärts von einer kreisangehörigen Kreisstadt erbracht werden. Wirtschaft und Bevölkerung, Handel und Wandel, Verkehr und Freizeitverhalten kennen ohnehin solche Verwaltungsgrenzen nicht. Wenn beide im Sinne der Agenda 21 mit dem Blick auf ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Nachhaltigkeit vertrauensvoll und effektiv zusammenarbeiten, haben sie, der ganze Raum und seine Bewohnerschaft ihren Vorteil davon.